

Niederschrift IR/019/2013

über die öffentliche Sitzung des Integrationsrates der
Stadt Rheine
am 11.12.2013

Die heutige Sitzung des Integrationsrates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Manoharan Murali BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ausschussmitglied

Mitglieder:

Frau Lydia Maul		Ausschussmitglied
Herr Kadir Yalcin		ab 17:10 Uhr
Herr Kamal Kassem		Ausschussmitglied
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Bernd Lunkwitz	FDP	bis 17.55 Uhr
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann Fachbereichsleiter FB 2

Herr Mustafa Tunceli
Frau Walburga Yügrük

Öffentlicher Teil:

1. Verpflichtung von Frau Walburga Yügrük zur neuen Schriftführerin

Herr Gausmann stellt zunächst Walburga Yügrük als neue Schriftführerin vor, die auch schon lange Zeit ehrenamtlich im Bereich der Fachstelle Migration tätig war. Sie ist nunmehr seit dem 01.10.2013 Nachfolgerin von Frau Wiebe, die sich im Erziehungsurlaub befindet.

2. Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung am 04.09.2013

Zu Form und Inhalt der Niederschrift Nr. 18 werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen. Die Niederschrift Nr. 18 wird somit genehmigt.

3. Information/Bericht der Verwaltung

Da Herr Hermes z. Z. erkrankt ist, übernimmt Herr Gausmann die Berichterstattung.

1. Gesetzentwurf zur Neufassung des § 27 GO (Integrationsrat)

Die Landesregierung NRW hat einen Gesetzentwurf zur Neugestaltung der Integrationsratswahl vorgelegt. Zurzeit befindet sich der Entwurf im Stadium der Expertenanhörung, hat also noch nicht Gesetzeskraft.

Die diskutierten Eckpunkte sind:

- Aktives Wahlrecht haben Ausländer soweit sie die Alters- und Wohnortbedingungen erfüllen. Neu ist, dass auch deutsche Migranten (Eingebürgerte und Spätaussiedler) ohne zeitliche Beschränkung wahlberechtigt bleiben sollen, solange sie ihren Migrantenstatus nachweisen können (z. B. durch Einbürgerungs- oder Spätaussiedlerbescheinigung) und sich ins Wählerverzeichnis haben eintragen lassen.
- Es soll nur noch einen Integrationsrat geben. Die Option Integrationsausschuss entfällt. Städte mit mehr als 5000 Ausländern sind verpflichtet, einen Integrationsrat zu bilden.
- Die Amtszeit des Integrationsrates läuft wie bisher parallel zur Ratsperiode. Der (alte) Rat legt den Wahltermin fest.

Für Rheine bedeutet das, dass ein Integrationsrat gewählt werden muss, da mittlerweile mehr als 5000 Ausländer hier leben. Eine Entscheidung zwischen Integrationsrat und Integrationsausschuss entfällt.

Der Wahltermin kann bereits vom alten Rat bestimmt werden. Der Integrationsrat-NRW wünscht eine Zusammenlegung mit der Wahl zum Stadtrat und

zum Kreistag. Da aber 2014 noch die Europawahl hinzukommt, in späteren Jahren evtl. auch noch die Bürgermeister(innen)wahl, plädieren die kommunalen Spitzenverbände für eine separate Terminierung. In jedem Fall ist es eine kommunalpolitische Entscheidung.

2. Beitritt zum Riga-Komitee

Am 23.05.2000 gründeten zahlreiche deutsche Städte und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge das Riga-Komitee, um an das Schicksal von über 20 000 deutschen Juden zu erinnern, die in den Jahren 1941 und 1942 nach Riga deportiert und in ihrer überwiegenden Zahl im Wald von Bikernieki ermordet wurden.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge errichtet in Zusammenarbeit mit seiner lettischen Partner-Organisation, dem Brüderfriedhofekomitee, und der Stadtverwaltung Riga den Opfern eine würdige Gräber- und Gedenkstätte. Mit der künftigen Pflege der Anlage durch lettische und deutsche Jugendliche soll ein lebendiges Band der Erinnerung und der Begegnung geknüpft werden zwischen Riga und den deutschen Städten, von denen damals die Sammeltransporte ausgingen.

Zunächst 13 deutsche Städte gründeten das Riga-Komitee gegen das Vergessen. Um den Beitritt weiterer Städte wird geworben.

Auch aus Rheine wurden damals Juden deportiert und in Riga umgebracht. Deswegen hat die Stadtschülervertretung Rheine – Projektgruppe „Rheine ohne Rassismus – Rheine mit Courage“ den Antrag gestellt, ebenfalls dem Komitee beizutreten und hofft, dass die Initiative durch möglichst viele Institutionen - so z.B durch den Integrationsrat - unterstützt und mit Leben erfüllt wird. Es geht um die Schaffung einer würdigen Gedenkstätte und die Pflege dieser Gedenkstätte.

Die Verwaltung bittet den Integrationsrat, sich mit der Idee des Riga-Komitees auseinanderzusetzen.

3. Entwicklung der Asylbewerberzahlen in Rheine

Im Jahre 2013 hat Rheine ca. 150 neue Asylbewerber aufgenommen. Ein Großteil waren Folgeantragsteller aus Serbien. Weitere Flüchtlinge kamen aus Ägypten, den Magreb-Staaten, Syrien, Afghanistan und den GUS-Ländern.

Die Unterbringung stellte Rheine vor eine Herausforderung. Die für einen plötzlichen Anstieg bereitgehaltenen Unterbringungsmöglichkeiten waren schnell erschöpft. Die Fachstelle musste die Asylbewerber teilweise wesentlich enger unterbringen. Trotzdem konnte die dezentrale Unterbringung beibehalten werden.

Nach verschiedenen neuen Unterkünften wurde gesucht. Bis heute wurden verschiedene Unterkünfte neu zur Verfügung gestellt:

3 Wohnungen der Stadeligenen Wohnungsbaugesellschaft

3 Wohnungen der Siedlungsgesellschaft Altenrheine

5 Wohnungen des Wohnungsvereins Adolfstraße.

Auch verschiedene Kasernen wurden auf ihre Eignung überprüft. Ihr Umbau wäre aber sehr teuer geworden und hätte lange Zeit in Anspruch genommen (z. B. Auszäunung, Einbau einer Heizung). Deshalb wurde letztlich darauf verzichtet.

Fragen und Anregungen zu TOP 3:

Herr Berardis regt an, die Wahl des Integrationsrates gemeinsam mit der Wahl des Stadtrates durchzuführen. Vielleicht ließe sich die Wahlbeteiligung dadurch auch etwas steigern.

Herr Mau betont das Anliegen des Integrationsrates, Flüchtlinge weiterhin dezentral unterzubringen und nicht in Sammelunterkünften.

Herr Gausmann teilt mit, dass lt. telef. Information des Kreisschulamtes bisher weder in den Grund- noch in den Hauptschulen des Kreises Steinfurt Islamunterricht erteilt wird. Herr Kassem bittet darum, das Thema in der nächsten Sitzung nochmals auf die Tagesordnung zu setzen. Herr Gausmann schlägt vor, die Schulaufsicht des Kreises Steinfurt zur nächsten Integrationsratssitzung einzuladen, um zu diesem Thema zu berichten.

Herr Berardis vermisst eine Information über die Besetzung des Gremiums zur Verleihung des Integrationspreises. Herr Gausmann teilt mit, dass der Sozialausschuss beschlossen hat, auch drei Jurymitglieder zu benennen und zwar Herrn Berardis, Herrn Theismann und Frau Kordts.

4. Die Verbraucherzentrale Rheine stellt sich vor

Die Leiterin der Verbraucherberatung Rheine, Frau Margret Esters-Gardeweg, gibt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Überblick über die Arbeit der Beratungsstelle. Diese Präsentatin ist der Niederschrift als Anhang 1 beigelegt.

Frau Esters-Gardeweg hebt hervor, dass es bei Beratungsgesprächen mit Migranten oft sehr hilfreich sei, einen Dolmetscher mitzubringen. Im Zusammenhang damit stellt sie die Frage, ob es evtl. einen Pool sog. Sprachmittler gibt, die hier helfen könnten. Es wäre sinnvoll, wenn die Verbraucherberatung in den Vereinen, in denen Migranten organisiert sind, Flyer auslegen dürfte mit Angaben zu ihrem Beratungsangebot. Noch besser wäre es, wenn diese Flyer evtl. in verschiedene Sprachen übersetzt werden könnten. Vielleicht könnte hier eine Vernetzung stattfinden, um Personen zu finden für solche Übersetzungen oder auch Übersetzer für Beratungsgespräche. Vorrangig wären die Sprachen Türkisch, Russisch und Tamilisch.

Herr Kassem berichtet aus eigener Erfahrung, dass der Caritas-Verband mehrere ehrenamtliche Dolmetscher hat, die auch telefonisch weiterhelfen. Von dieser Möglichkeit könne sicherlich bei Bedarf auch die Verbraucherberatung profitieren. Er ergänzt noch, dass es jedoch stets sehr schwierig sei, z. B. Verträge im Wortlaut genau zu übersetzen. Oft sei es selbst für deutsche Bürger schwierig, Vertragswortlaute richtig zu verstehen. Für Arabisch, Tamilisch, Russisch und Türkisch könne er hier Gesprächspartner vermitteln.

Herr Mau findet es problematisch, wenn ein Nicht-Fachmann als Übersetzer hinzugezogen wird, aber man komme auch damit schon ein ganzes Stück weiter. Die Erstellung einer Telefonliste mit sprachkundigen Personen hält er für gut. Zur Übersetzung des genannten Flyers sollte ein Antrag gestellt werden an die Stadt Rheine mit der Bitte um finanzielle Unterstützung. Herr Gausmann möchte die Sache lieber unbürokratisch lösen, indem die Stadt versucht, Kontakte zu ausländischen Vereinen herzustellen, die den Flyer übersetzen könnten. Entsprechende Kopien könnten dann im Rathaus erstellt werden.

Herr Berardis bekräftigt den Vorschlag, Frau Esters-Gardeweg zunächst durch die Erstellung einer Telefonliste aus dem Kreis der Integrationsratsmitglieder zu unterstützen. Schwierig könnten Übersetzungen im Zusammenhang mit Rechtsfragen sein, hier müsste man evtl. auf Spezialisten zurückgreifen.

Herr Berardis stimmt Frau Esters-Gardeweg zu, dass es vorteilhaft wäre, wenn Migranten sich bereits vor einer Konsumentenscheidung Rat in der Verbraucherberatung holen würden und nicht erst im Nachhinein, wenn Probleme auftauchen. Man müsse überlegen, wie man Migranten dazu bringen könne, sich präventiv an die Verbraucherberatung zu wenden. Frau Esters-Gardeweg schlägt vor, man könne evtl. in den Vereinen die Arbeit der Verbraucherberatung vorstellen. Das habe man in der Vergangenheit auch bereits teilweise gemacht, so z. B. im Centro S. Antonio. Das sei allerdings wegen eines personellen Engpasses nur begrenzt möglich. Darüber hinaus könne man einem sog. Sprachpool auch gerne gezielte Informationen – z. B. rechtlicher Art - vermitteln und auch hier die Arbeit der Verbraucherberatung nochmals erläutern.

Herr Murali teilt mit, dass es bereits eine Telefonliste gibt über den Caritas-Verband (Herr Kreisel). Des Weiteren wolle man den Flyer zunächst dreisprachig übersetzen.

Herr Tunceli berichtet, er habe in der Vergangenheit bei einem anderen Flyer festgestellt, dass die Übersetzung teilweise nicht korrekt durchgeführt wurde. Deshalb weist er daraufhin, dass es unbedingt notwendig sei, dass die Personen, die solche Flyer übersetzen, ihre Muttersprache sehr gut beherrschen, um korrekte Übersetzungen zu gewährleisten, die die Migranten in ihrer Heimatsprache verstehen können.

Herr Murali bedankt sich bei Frau Esters-Gardeweg für den informativen Vortrag.

5. Bericht des Migrationsbeauftragten Vorberatung des Jahresberichts vor dem Sozialausschuss und dem Rat

Herr Hartmut Klein trägt den Jahresbericht 2013 vor. Er betont, er freue sich über Anregungen, die dann noch eingearbeitet werden könnten. Der endgültige Bericht ist als Anlage 2 beigefügt.

Herr Mau ergänzt, dass es ihm wichtig sei, nochmal auf die Wohnungssituation hinzuweisen. So sei es für Familien mit 5 – 6 Kindern in Rheine äußerst schwer, eine große Wohnung zu finden (ca. 100 qm). Das gleiche gelte für Personen "mit kleinem Geldbeutel" die eine entsprechend kleine Wohnung suchen. Wenn jemand in einem fremden Land neu Fuß fassen müsse, sei es wichtig, ihm

zunächst dafür ein Sprungbrett zu bieten und möglichst zu helfen, das Problem "keine Wohnung – keine Arbeit" zu lösen. Es sei jedoch auch zu betonen, dass die Verwaltung in Rheine hierbei sehr vorbildlich sei und alles dafür tue, in solchen Fällen die Schwierigkeiten zu beheben.

Herr Kassem bedankt sich bei Herrn Klein für die geleistete Arbeit als Migrationsbeauftragter. Das sei sicherlich keine einfache Aufgabe gewesen, die er jedoch sehr gut gemeistert habe. Rheine sei im Bereich Migration immer Vorreiter gewesen. Er selbst sei stolz, Rheine als seine Heimat bezeichnen zu dürfen. Viele Städte hätten sich in der Vergangenheit an Rheine gewandt mit der Bitte um einen Erfahrungsaustausch zum Thema Migration. Die Begegnung der verschiedenen Nationalitäten in Rheine sei von Achtung geprägt. Große Konflikte gebe es hier im Gegensatz zu anderen Städten nicht.

Herr Kassem bedauert das fehlende Abstimmungsrecht für Migranten in Ausschüssen. Sie seien dort ehrenamtlich vertreten – teilweise über einen jahrzehntelangen Zeitraum – dürften jedoch bei Entscheidungen nicht mit abstimmen. Dennoch wolle er diese ehrenamtlichen Tätigkeiten gerne weiterhin ausüben. Er bedankt sich auch bei allen Ratsmitgliedern für ihr Engagement gegenüber den Migranten und die gute Zusammenarbeit, die auch in Zukunft fortgesetzt werden müsse.

Herr Berardis bedankt sich ebenfalls bei Herrn Klein und ergänzt, ihm sei das Thema "Einführung von Islamunterricht für Kinder und Jugendliche" sehr wichtig. Vielleicht könne man das ja zunächst einmal im Muttersprachlichen Unterricht ergänzend berücksichtigen und dann möglichst auch in den Schulen einführen.

Herr Gausmann teilt als Ergänzung zum Bericht der Verwaltung ein Ergebnis aus der letzten Sitzung des Sozialausschusses mit: Die weitere Förderung der Arbeit der Migrationsdienste des Caritasverbandes sei durch den Abschluss eines neuen Vertrages ab dem 01.01.2014 langfristig politisch gesichert. Bisher habe man diese Arbeit jahrzehntelang nur über Einzelbeschlüsse fördern können. Das sei auch ein deutliches Signal dafür, wie wichtig gesamtpolitisch die Kontinuität im Rahmen der Arbeit der unterschiedlichen Institutionen sei. Es sei auch gelungen, das Projekt "Raduga" in eine neue Konzeption zu überführen und damit die interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe als Gesamtkonzept für die Stadt Rheine zu etablieren.

Auch Herr Azevedo lobt die gute Arbeit des Migrationsbeauftragten und meint zum Thema Toleranz gegenüber Menschen anderer Herkunft, dies sei kein deutsches, sondern ein internationales Problem. In Rheine könne man durchaus stolz sein auf das bisher Erreichte, dürfe sich darauf jedoch nicht ausruhen, sondern solle auch in Zukunft stets offen sein für evtl. weitere Verbesserungsmöglichkeiten. Jeder müsse an sich selbst arbeiten bei dem Thema "Wie geht man mit Minderheiten um".

Herr Murali bedankt sich gleichfalls bei Herrn Klein für die geleistete Arbeit als Migrationsbeauftragter. Auch er betont ebenfalls, sich in Rheine überaus wohlfühlen. Nach einem zweijährigen Aufenthalt in Wuppertal sei er gerne mit seiner Familie nach Rheine zurückgekehrt.

6. Berichte aus den Ausschüssen, aus den Arbeitskreisen des Integrationsrates und dem Landesintegrationsrat NRW

Herr Berardis berichtet aus dem Sozialausschuss und erwähnt nochmal die Verträge mit dem Caritasverband. Ein solcher Vertragsabschluss sei sehr bedeutsam, und zwar nicht nur für den Bereich Migration, sondern auch für andere Bereiche, die von der Caritas in Rheine betreut werden.

Herr Klein informiert zum Thema "Betreuung von Migranten", dass sich hier die Arbeit aufgrund der Zahlen aus einer ihm vorliegenden Vorlage zum Thema Haushalt offenbar vermehrt habe bei gleichbleibendem Personal und gleichbleibendem Aufwand. Im Bereich Wohnungsfürsorge seien jedoch durch vermehrte Zuzüge wahrscheinlich erhöhte Investitionen notwendig.

Herr Berardis wendet sich an Herrn Gausmann mit der Frage, ob die derzeitigen Haushaltsmittel für den Bereich Asylbewerber ausreichen oder nicht. Ansonsten sollte man evtl. vom Integrationsrat einen Antrag auf Erhöhung stellen.

Herr Gausmann entgegnet, man gehe bei den Haushaltsplanungen von einer Zahl von durchschnittlich 240 Asylbewerbern aus. Damit müsse man zunächst kalkulieren. Ob diese Zahl für 2014 geringfügig über- oder unterschritten wird, ließe sich jetzt noch nicht einschätzen. Man habe im Juni d. J. im Verwaltungsvorstand darauf hingewiesen, dass die zunehmende Anzahl – ca. 20 Prozent - dauerhaft dazu führen könne, dass man im Bereich der Betreuung von Migranten im Rahmen der Fachstelle Migration evtl. personell nachsteuern müsse. Wenn feststellbar sei, dass die Arbeitsbelastung zu hoch werde, werde man über den Verwaltungsvorstand, den Sozialausschuss und den Rat spätestens zur Stellenplanberatung 2015 personell nachsteuern. Das gleiche gelte auch für die städtischen Wohnungen. Durch die geplante höhere Zuweisung des Landes gehe man davon aus, dass man mit den Ansätzen des Aufwandes und der Erträge derzeit auskomme. Letztlich müsse man am nächsten Stichtag, 31.05.2014, feststellen, ob eine Änderung der weiteren Kalkulation notwendig sei und das entsprechend begründen.

Herr Berardis befürchtet, dass sich die Zahl der Asylbewerber in der nächsten Zeit doch erheblich steigern könnte und regt nochmals an, evtl. schon jetzt vorbeugend eine Empfehlung auf Erhöhung der Mittel auszusprechen, um im Notfall vorbereitet zu sein. Zudem könne im Vorfeld der Kommunalwahl das Thema Asylbewerber vielleicht ein wenig in den Hintergrund gedrängt werden.

Herr Gausmann bekräftigt nochmals seine vorherigen Aussagen und ergänzt, bislang seien die Zahlen so, dass mit den Ansätzen und den Personalressourcen die notwendigen Arbeiten erledigt werden könnten.

7. Einwohnerfragestunde

Es wird aufgrund der Frage eines Bürgers zunächst über den Ursprung des Salafismus diskutiert. Dazu gibt es verschiedene Ansichten. Hauptgrund sei wahrscheinlich eine entsprechende Interpretation des Korans.

Eine weitere Frage betrifft die Möglichkeit eines evtl. Zuschusses für die Anschaffung eines neuen Teppichbodens für die Moschee an der Elter Straße. Herr Gausmann antwortet, dafür liege bisher noch kein Antrag vor, der müsse dann zunächst gestellt werden.

8. Anfragen und Anregungen

Herr Mau regt an, sich im Anschluss an eine Integrationsratssitzung noch zu einem Ausklang in lockerer Atmosphäre zu treffen.

Herr Gausmann schlägt vor, ein solches Abschlusstreffen im Februar 2014 nach der letzten Integrationsratssitzung dieses Gremiums im Seminarraum der Kulturetage durchzuführen.

Herr Berardis erinnert nochmal daran, dass man bereits bei der letzten Sitzung besprochen habe, eine der nächsten Integrationssitzungen im konfessionsunabhängigen "Bürgertreff Heilig Kreuz Rheine" durchzuführen. Herr Gausmann empfiehlt, diese Anregung für die nächste Legislaturperiode im Auge zu behalten.

Ende der Sitzung:

18:55 Uhr

Manoharan Murali
Ausschussvorsitzender

Walburga Yügrük
Schriftführerin